

# Die Bündnisgrünen und der Krieg

## I Grundwert Gewaltfreiheit

„Schwerter zu Pflugscharen!“ hieß es bei der Bürgerrechts- und Friedensbewegung in der DDR, aus der Bündnis 90 hervorgegangen ist.

Und „Frieden schaffen ohne Waffen!“ war das Motto der Ökologie- und Friedensbewegung in der Bundesrepublik, zu der DIE GRÜNEN gehörten.

Vor allem auf dieser gemeinsamen Basis fanden die beiden Organisationen nach der Wiedervereinigung zusammen.

Der 1992 beim Zusammenschluß als programmatische Grundlage beschlossene Grundkonsens trägt dieser Zielsetzung unmissverständlich Rechnung.

Es heißt dort zum Grundwert „Gewaltfreiheit“ u.a.:

*Gewaltfreiheit ist ein grundlegendes Prinzip unserer politischen Ethik.*

*Militärische Gewalt – zumal mit hochtechnologischen und Massenvernichtungswaffen ausgerüstete – stellt eine generelle Bedrohung dar. Krieg und Kriegsdrohung mit solchen Waffen ist schlimmste, illegitime Gewalt. Deshalb streben wir eine umfassende Abrüstung und Entmilitarisierung der Gesellschaft an und **lehnen Krieg als Mittel der Konfliktlösung ab.***

Als weitere Ziele werden die Ächtung aller Formen des Militarismus, die Abschaffung des Krieges und eine demokratische Reform der UNO postuliert.

Abschließend wird gefordert:

*Wir wenden uns gegen alle Formen struktureller Gewalt, der weltweit in Form ökonomischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung Menschen zum Opfer fallen. Die Ethik der Gewaltfreiheit ist eine Ethik der Erhaltung und Entfaltung des Lebens.*

**Dies ist noch immer die Beschlusslage der Partei Bündnis 90/Die Grünen!**

## II Ist der Pazifismus heute überholt?

Mit der Partei DIE GRÜNEN und mit Bündnis 90/Die Grünen ist zum ersten Mal eine eindeutig pazifistische Partei über die 5%-Hürde in ein deutsches Parlament gesprungen. Schon das ist ein kleines Wunder – und war nur möglich, weil sie von einer kräftigen Friedensbewegung getragen wurde.

Die über 100 Jahre alte deutsche Friedensbewegung, die mit dem Ruf „Die Waffen nieder!“ der leidenschaftlichen Friedenskämpferin Bertha von Suttner und der Gründung der deutschen Friedensgesellschaft (DFG) 1892 begann und bis in unsere Zeit mit dem Slogan „Stell Dir vor, es ist Krieg und niemand geht hin“ reicht, hat ja mit ihren vielen Organisationen eine sehr wechselvolle Geschichte hinter sich. Bei aller Verzweiflung über die gesellschaftlichen Widerstände und die Katastrophen der beiden Weltkriege sowie der Durchsetzung des Nationalsozialismus haben sich die für den Frieden kämpfenden Frauen und Männer, oft ihre berufliche Existenz oder gar ihr Leben in die Waagschale werfend, so gut wie nie entmutigen lassen. Was für ein stolzes Erbe für uns Pazifisten von heute!

In überaus bitteren Erfahrungen hat sich herausgestellt – und nicht nur in Deutschland! – wie ungeheuer schwierig es ist, bei den Menschen ein pazifistisches

Bewußtsein zu schaffen! Die jahrtausendelange kriegerische Sozialisation der Menschheit, besonders ihres männlichen Teils, stellt eine gewaltige Barriere dar. Und als durch die Bemühungen der jungen internationalen Friedensbewegung ein Umdenken Fuß zu fassen begann, wurde dieses falsche Bewusstsein vor dem 1. Weltkrieg aufgefrischt durch die Lehren und die Indoktrination des Sozialdarwinismus im Interesse der herrschenden Klassen.

Der Sozialdarwinismus propagiert bekanntlich das angebliche naturgemäße Recht des Stärkeren sowie die Minderwertigkeit bestimmter Rassen und Völker. Daraus leite sich zwangsläufig das Recht der höherwertigen, stärkeren Völker ab, mittels Krieg die schwächeren zu unterdrücken und zu beherrschen.

In der militaristischen wilhelminischen Gesellschaft, wo der Reserveleutnant einen überaus hohen gesellschaftlichen Status genoß, wurde pazifistisches Denken verhöhnt.

So dichtete der vielgelesene, germanische Heroengeschichten schreibende Felix Dahn gegen Bertha von Suttners populär gewordene Parole „Die Waffen nieder!“:

*Die Waffen hoch! Das Schwert ist Mannes eigen:  
Wo Männer fechten, hat das Weib zu schweigen.  
Doch freilich, Männer gibt's in diesen Tagen –  
Die sollten lieber Unterröcke tragen!“*

Nach den furchtbaren Erfahrungen der beiden Weltkriege hieß es selbstverständlich: Nie wieder Krieg! Aber mit dem wachsenden Abstand zu den Kriegen verblasste diese so richtige Einsicht. Stattdessen wurde erneut aufgerüstet und die Menschen, die „Ohne mich!“ sagten, verlacht, geächtet, verfolgt oder ermordet.

Und es wurden die „guten Argumente“ präsentiert, warum erst aufzurüsten und später erfolgreich Krieg zu führen sei.

Diese Erfahrung haben auch wir in den letzten 10 Jahren gemacht: immer wurden „unumstößliche“ Argumente angeführt, warum Krieg zu führen sei wegen Kuwait, wegen Bosnien, wegen Kosovo und jetzt wegen Terrorismus.

Das Erschreckende ist: immer noch fallen diese Argumente auf fruchtbaren Boden. Und selbst Mitglieder der Bündnisgrünen, die ja eigentlich zu den kritischen Menschen im Lande gehören, lassen sich von rhetorisch geschickten Kriegsreden ihrer Vorleute mitreißen und vergessen, was sie bei klarem Kopf in ihren Programmen beschlossen haben!

Zur Beruhigung der Gemüter werden die militärischen Operationen in Beschlussvorlagen gern an freundliche Bedingungen geknüpft wie z.B. die Schonung von Zivilisten.

Wenn der die Kriegsmaschinerie aber erst einmal in Gang gesetzt wurde, lösen sich diese naiven Illusionen sofort in nichts auf. Generäle halten sich eben nicht an halbpazifistische Vorgaben, sondern allein an ihre militärische Logik.

So soll auch diesmal wieder der vom Bundestag zu fassende Einsatzbeschuß für deutsche Soldaten in Watte verpackt werden, damit die Kritiker in den Regierungsfractionen doch noch zustimmen. Es ist zu hoffen, dass sich nicht alle einlullen lassen, zumal erfreulicherweise eine Mehrheit der Bevölkerung diesen Krieg ablehnt.

### **III Der aktuelle Krieg in Afghanistan**

Dieser Krieg ist in mehrfacher Hinsicht besonders empörend!

Er bekämpft nicht den Terrorismus, sondern füttert ihn.

Ein amerikanischer Präsident führt den Krieg in fundamentalistischer Manier als Kampf gegen das Böse in der Welt.

Unsere deutsche Beteiligung fußt auf der vom Kanzler den USA versicherten „uneingeschränkten Solidarität“. Dies erinnert in fataler Weise an die deutsche „Nibelungentreue“ aus dem 1. Weltkrieg mit ihren verheerenden Konsequenzen. Es ist selbstverständlich, dass wir nach dem schrecklichen Anschlag mit seinen vielen Opfern mit dem amerikanischen Volk trauern. Aber warum in aller Welt sollen wir uns mit der Politik der USA solidarisieren, die nach wie vor gnadenlos imperialistische Ziele verfolgt. Man sehe sich nur die Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung in den lateinamerikanischen Staaten genauer an, woran die allein am eigenen Nutzen ausgerichtete amerikanische Politik eine große Mitschuld trägt. Wenn ein Regierungswechsel mit sozialer und demokratischer Ausrichtung die Ausbeutung durch US-Konzerne in diesen Staaten bedrohte, zögerten die amerikanischen Regierungen nicht, zu intervenieren, und wenn nötig, auch mit Mord oder mit militärischer Gewalt, also mit Terrorismus; derartige Interventionen gab es seit dem 2. Weltkrieg u.a. in Kuba, in Nicaragua, in Panama, in Chile, in Guatemala. In den letzten Jahren haben die USA in anderen Teilen der Erde interveniert und Krieg geführt mit dem vorrangigen Ziel der Sicherung der Ausbeutung von Erdöl und Erdgas. Dies gilt auch für den Krieg in Afghanistan. Das müssen wir auch vor dem Hintergrund sehen, dass die USA sich weigern, das Protokoll von Kyoto zu unterzeichnen, weil die gut verdienende Ölindustrie keine Reduzierung des Verbrauchs wünscht. Damit nehmen die USA in Kauf, dass sich das Klima weltweit weiter verschlechtern wird mit z. B. der Folge des Meeresspiegelanstiegs, was Inselstaaten wie die Malediven in ihrer weiteren Existenz bedroht. Ist das kein Terrorismus?

Die Bombardierung afghanischer Städte bedeutet tagtäglich Mord und Totschlag an unschuldigen Menschen. Das durch die militärische Gewalt erzeugte Flüchtlingselend, die drohende humanitäre Katastrophe wird achselzuckend hingenommen. Die abgeworfenen Lebensmittel dienen weit mehr der Propaganda vom guten Uncle Sam als dass sie den Menschen aus der Not helfen.

Der jetzt einsetzende abgeschmackte Wettlauf europäischer Staaten, wer denn am besten mit Männern und Waffen der Kriegsführung des großen Bruders dienen darf, ist geeignet, die stets latenten nationalistischen Strömungen zu stärken. Auch die berechtigte Kritik der kleinen europäischen Staaten an Sondertreffen der großen, zeigt, welche gefährlichen Blüten die kriegerische Terrorismusbekämpfung treibt.

Auch dieser Krieg wird wieder Milliarden über Milliarden an Dollars und Euros verschlingen. Wie viel sinnvoller wäre dieses Geld in einer effizienten Hilfe für die armen Staaten angelegt - und damit ein viel besseres Vorbeugungsmittel gegen Haß und Gewalt!

#### **IV Was sollen wir Bündnisgrüne tun?**

Zunächst einmal müssen wir realisieren, welche große Verantwortung wir haben für die Stärke von Gewaltfreiheit und Pazifismus in Deutschland! Claudia Roth würde sagen: „Wer – wenn nicht wir?“ Das ist aber zugleich eine große Chance für unseren politischen Einfluß und für unsere Chancen bei den WählerInnen! Denn eigentlich sind wir durch unsere Herkunft und unsere Programmatik die glaubwürdigere

Friedenspartei als die PDS! Aber was sollen unsere pazifistisch eingestellten Mitglieder und Wählerinnen tun, wenn die Grünen diese wichtige Position aufgeben? Kann man sie schelten, wenn sie jetzt die PDS wählen, die sich vorbehaltlos gegen diesen Krieg ausspricht? Oder kann man die PDS verurteilen, wenn sie diese von den Grünen aufgerissene Lücke auszufüllen trachtet?

Wir sollten sodann den Krieg sabotieren helfen.

Das heißt z.B.:

- + aus einer Regierung aussteigen, in der wir die Beteiligung am Krieg nicht verhindern konnten
- + die jungen Männer ermuntern, den Wehrdienst zu verweigern
- + uns für die Abschaffung der Wehrpflicht einsetzen, wie es in unserem Programm steht
- + die Produktion und die Ausfuhr von Waffen diskreditieren
- + die Gewerkschaften, deren Mitglieder ja ganz überwiegend gegen den Krieg sind, zum politischen Streik ermuntern
- + mit anderen zusammen Aktionen des zivilen Ungehorsams organisieren.

Wir sollten folgende politischen Forderungen unterstützen:

1. Gewalttäter (sog. Terroristen) nicht durch Krieg, sondern durch polizeiliche Maßnahmen dingfest machen, wobei, wenn nötig, Soldaten unterstützend und punktuell einzubeziehen sind
2. die gefassten Gewalttäter vor ein internationales Tribunal stellen (welches die USA sinnigerweise zu verhindern suchen!)
3. die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe für die armen Länder verstärken durch:
  - + Schuldenerlaß (man beachte hier die verhängnisvolle Rolle unseres Zinssystems, welches die Schulden durch den Zinseszins in für die armen Länder nicht mehr verkraftbare Höhen treibt!)
  - + Erhöhung der Entwicklungshilfe, die sich z.Zt. auf einem historischen Tiefstand bewegt! (Die reiche Bundesrepublik ist z.B. weit davon entfernt, die von der UNO geforderten 0,7% des BSP zu leisten und hat ihre Mittel für den wichtigen Weltbevölkerungsfonds von ursprünglich 46 auf 20 Mio. DM gekürzt)
  - + Öffnung unserer Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern
4. endlich Einführung der internationalen Tobin-Steuer zur Beschneidung von Spekulationsgewinnen und um weitere Mittel für Entwicklungshilfe zu akquirieren
5. demokratische und effiziente Weiterentwicklung der UNO, die ja ein Kind der Friedensbewegung ist!

Bei einer aktuellen Adaptierung des bekannten Friedensslogans könnte die Parole jetzt lauten:

**„Die amerikanische Regierung führt Krieg – und wir Europäer machen nicht mit!“**

**Helmut Horst, 9. November 2001**  
[Adler.Horst@t-online.de](mailto:Adler.Horst@t-online.de)